



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Reisebericht Brüssel, 18./19. September 2012

Vom 17. bis 19. September hielt ich mich in Begleitung meines Mitarbeiters Christoph Nensa für Gespräche in Brüssel auf. Zweck der Reise war es, die institutionellen Entwicklungen in der Europäischen Sicherheitspolitik und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) mit Verantwortlichen aus den EU-Institutionen zu diskutieren, die Kontakte zu den grünen Europaparlamentariern zu vertiefen und Informationen über die EU-Strategie im Hinblick auf die Krise in der Sahelzone zu gewinnen.

Zum Einstieg trafen wir uns am Montagabend mit den Mitarbeiterinnen der Grünen Fraktion im Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages bei der Europäischen Union, dem stellvertretende Generalsekretär der grünen Europafraktion und dem Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) in Brüssel, Bastian Hermisson zum aktuellen Austausch.

In den zwei Tagen habe ich folgende Gespräche geführt:

Dienstag:

- General Huhn, Senior Military Advisor of CMPD (Crisis Management Planning Department – Abteilung für Krisenmanagement und Planung im Rahmen der GSVP) Thema: Krisenmanagementstrukturen
- Fabio Della Piazza, Vorsitzender COARM (Council Working Group on Arms Control – Arbeitsgruppe des Rates für Waffenkontrolle) und Pierre-Arnaud Lotton, (Direktorat für Sicherheitspolitik im EAD) Thema: Die anstehende Überprüfung und Neuformulierung des Gemeinsamen Standpunktes der EU zur Rüstungsexportkontrolle
- International Crisis Group (Nichtregierungsorganisation, die Internationale Krisengebiete beobachtet und analysiert)
Iskra Kirova, Chiara Biscaldi, Gauthier Jacob,
Thema: Situation in Libyen und der Sahelzone



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

2

- Hansjörg Haber, Director CPCC (Civilian Planning and Conduct Capability - Stab für die Planung und Durchführung ziviler Operationen im Rahmen der GSVP)
Thema: Krisenmanagementstrukturen
- Franziska Brantner, Mitglied der grünen EP Fraktion, und Tobias Heider zum Austausch über aktuelle Initiativen

Mittwoch:

- Institute for European Studies (IES) an der Vrije Universiteit Brussel:
Prof.Dr. Amelia Hadfield und Dr. Alexander Mattelaer
Thema: Situation in der Sahelzone und die Bewertung der aktuellen EU Strategie
- Indrek Tarand, Mitglied der grünen EP Fraktion
Thema: Klimasicherheitspolitik
- Mittagessen mit der deutschen Europagruppe im Europäischen Parlament und Renate Künast
- Reinhard Bütikofer, Mitglied der grünen EP Fraktion, Austausch aktuelle Initiativen und Positionen zur Sicherheitspolitik
- Maciej Popowski, Stellvertretender General-Sekretär des EAD
Thema: Chancen und Entwicklungen des EAD



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

3

Zusammenfassung:

Knapp zwei Jahre nach der letzten Brüssel Reise (damals der gesamten AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung der grünen Bundestagsfraktion) zeigt sich erneut wie sinnvoll der regelmäßige Austausch mit den politischen Akteuren in Brüssel immer wieder ist. In den Gesprächen mit den Parlamentariern ergibt sich häufig die Erkenntnis, dass in Berlin und Brüssel parallel an ähnlichen Initiativen gearbeitet wird und dass allein der Austausch über den jeweiligen Arbeitsstand zu Synergieeffekten führen kann.

Die Gespräche mit den Behördenleitern von CMPD und CPCC haben ergeben, dass sich im Bereich der Krisenmanagementstrukturen in den letzten zwei Jahren wenig Verbesserungen ergeben haben. Das CPCC, das für alle zivilen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zuständig ist, verfügt zur Zeit über knapp 70 Mitarbeiter und ist damit nach wie vor chronisch unterbesetzt. Mit diesem Personalstab führt es derzeit insgesamt 10 zivile Missionen weltweit, z.B. die Mission EULEX im Kosovo, bei der Polizisten, Richter und Verwaltungsexperten aus der ganzen EU die Regierung Kosovos beim Aufbau eines funktionierenden Polizei- und Rechtswesens unterstützen. Das Missverhältnis beim Personal zeigt sich besonders deutlich mit Blick auf den Militärstab der Europäischen Union. Dieser Stab hat 200 Mitarbeiter, obwohl er keine Missionen führt, sondern strategische Planungen vornimmt und die EU-Institutionen berät.

Für die drei EU-Missionen am Horn von Afrika, Atalanta zum Schutz vor Piraterie, EUTM Somalia für die Ausbildung somalischer Soldaten und EUCAP Nestor zur Stärkung des Küstenschutzes, wurde im Frühjahr ein sogenanntes OPS Centers gegründet. Es sollte EUCAP lenken und den Informationsaustausch zwischen den drei Missionen verbessern. Mittlerweile wird dieses OPS-Center als misslungener politischer Kompromiss gewertet. Der Nutzen ist kaum ersichtlich: Die größte militärische Mission Atalanta wird weiterhin vom englischen Northwood aus geführt und dem OPS Center verbleiben nur zuarbeitende Funktionen. Die 16 Stellen würden beim Planungsstab für zivile Missionen (CPCC) dringender gebraucht.

3



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

4

Die Integration der Krisenmanagementstrukturen in den Europäischen Auswärtigen Dienst gestaltet sich nach wie vor schwierig, da von allen Seiten die unterschiedliche Mentalität zwischen Kommission und dem intergouvernementalen Bereich des Rates betont wird und darüber hinaus auch noch mit unterschiedlichen technischen Kommunikationsplattformen gearbeitet wird. Hier kommt immer noch nicht zusammen, was gut zusammen passen könnte.

Nachdem mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 das Amt der Hohen Vertreterin mit dem des Kommissars für Außenbeziehungen zusammengelegt wurde, wäre die Einführung von Stellvertretern der wichtigste nächste Schritt zur Stärkung des EAD. Die Hohe Vertreterin agiert derzeit als Vorsitzende dreier europäischer Räte, stellvertretende Vorsitzende der Kommission und Leiterin des EAD - eine schlicht nicht zu bewältigende Aufgabe.

Ich halte es für falsch, dass es in vielen Bereichen der Europäischen Außenpolitik immer noch ein Nebeneinander von Strukturen des Rates und des Europäischen Auswärtigen Dienstes gibt. Hier muss es klare Regelungen geben. Denn auch wenn von den gemischten Auslands-Delegationen, in denen Mitarbeiter von EAD und Kommission zusammen arbeiten, von hoffnungsvollen Entwicklungen zu hören ist, setzen wir uns dafür ein, dass in den Vertretungen, die die EU mittlerweile als EU-Botschaften in über 100 Ländern unterhält, der Delegationsleiter auch die Weisungsbefugnis über alle seine Delegationsmitglieder hat, auch wenn diese teilweise aus der Kommission kommen. Nur so ist eine einheitliche europäische Außenpolitik auch nach außen zu vertreten.

Die Übernahme konsularischer Aufgaben findet derzeit noch nicht statt, obwohl einige Länder, u.a. Deutschland und Frankreich signalisiert haben, in diesem Bereich zur Übertragung von Befugnissen bereit zu sein. Kleinere Mitgliedsstaaten nutzen bereits in mehreren Fällen die Gelegenheit sogenannte „Laptop Diplomaten“ in den EAD Vertretungen unterzubringen.



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

5

Zur Situation in der Sahelzone:

In der Sahel-Region drohen viele Länder durch Nahrungsmittelkrisen, aber auch große Sicherheitsprobleme destabilisiert zu werden. Das aktuell schlimmste Beispiel ist Mali, das nicht nur unter der Hungerkrise leidet, sondern dessen Territorium seit einem Aufstand zu zwei Dritteln von Islamisten kontrolliert wird. Die Bedrohlichkeit der Krise in der Sahelzone wird in Brüssel deutlich ernster genommen und analysiert als in Berlin. Der „comprehensive approach“ (vernetzte Sicherheit), bei dem auf vielen Politikfeldern Handlungen vorgesehen sind, um die Sicherheitslage in einem Land oder einer Region zu verbessern, wird in Brüssel nicht mehr sonderlich Ernst genommen: er diene häufig dazu die Hilflosigkeit der EU und der EU-Mitgliedsstaaten nur zu verdecken. Aus Sicht der Entwicklungspolitik besteht zudem die Gefahr, dass Gelder für die Armutsbekämpfung in den Sicherheitsbereich umgelenkt werden.

In der vergemeinschafteten Entwicklungspolitik gibt es durchaus effektive Instrumente, die nur koordiniert zu einer langfristigen Armutsbekämpfung in der Region beitragen könnten. Viele Chancen sind da in den letzten Jahrzehnten verpasst worden. Da Nord-Mali nicht mehr erreichbar ist, sollten sich die Maßnahmen auf Mauretanien, Niger und Süd-Mali konzentrieren. Seit dem Sommer hat die EU eine zivile Mission im Niger zur Sicherheitssektorreform eingerichtet, die allgemein positiv bewertet wird. Deutschland kommt mit Blick auf die Region nicht gut weg. Es sei vor allem die Bundesregierung gewesen, die entsprechende Maßnahmen für Mali in den letzten Jahren blockiert habe. Dies war mir an dieser Stelle neu. Auch die Frage, ob und in welcher Form es in Kürze zu einem militärischen Einsatz gegen die Islamisten in Mali kommen könnte, habe ich auf der Reise diskutiert. Dabei wurde vor allem die Rolle der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS und die von ihr an Mali angebotenen Interventionstruppen unterschiedlich bewertet. Die Vorbereitungen werden jedoch bereits getroffen. Von Seiten der EU steht vor allem die finanzielle Unterstützung und die entsprechenden Bedingungen für eine solche zur Debatte.

Die Sicherheitslage lässt sich nur durch regionale Kooperation nachhaltig verbessern. ECOWAS reicht dafür nicht aus. Die beiden Think Tanks, International Crises Group (ICG) und und das Institute for European Studies,

5



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

6

betonen die Schlüsselrolle Algeriens an dieser Stelle. Die Beziehungen zwischen Algerien und der EU sind allerdings nach wie vor stark von gegenseitigem Misstrauen geprägt.

In Libyen haben sich die Diplomaten aus den EU-Mitgliedsstaaten auf eine „Fact Finding Mission“ geeinigt, die bereits unterwegs ist, um die Chance für eine Mission im Bereich Grenzmanagement auszuloten. Alle Experten sind sich einig, dass es sich bei der aktuellen Lage in Libyen um eine Zeitbombe handelt mit gravierenden Sicherheitsrisiken auch für die EU selbst.

Ich bin im übrigen beeindruckt von der Erkenntnis, dass die International Crisis Group mit 140 Mitarbeitern, davon 40 in Brüssel und 100 vor Ort, tatsächlich ca. 70 Konflikte weltweit beobachtet und jährlich 80 Berichte in der uns bekannten und geschätzten Qualität erstellt.

Auch in Tripolis sitzt eine Mitarbeiterin ICG und ich hoffe, dass im Frühjahr noch der geplante Besuch der Parlamentariergruppe Maghreb dorthin stattfinden kann. Dann könnte ich meinen Einblick in die Arbeit der ICG durch einen Besuch vor Ort ergänzen.